

Es steht viel auf dem Spiel!

- **Sozialpartnerschaft**
- **Kollektivverträge**
- **Unser Sozialstaat**

Es steht viel auf dem Spiel!

Sozialpartnerschaft – Kollektivverträge - Sozialstaat

- Der soziale Friede ist ein wichtiges Gut!
- Die Sozialpartnerschaft ist Garant für den **sozialen Frieden** in unserem Land
- Wer die Sozialpartnerschaft angreift, der bedroht den sozialen Zusammenhalt
- Österreich ist nicht trotz, sondern gerade wegen der Sozialpartnerschaft eines der **reichsten Länder Europas**

Nach dem 2. Weltkrieg war Ö eines der ärmsten Länder Mitteleuropas

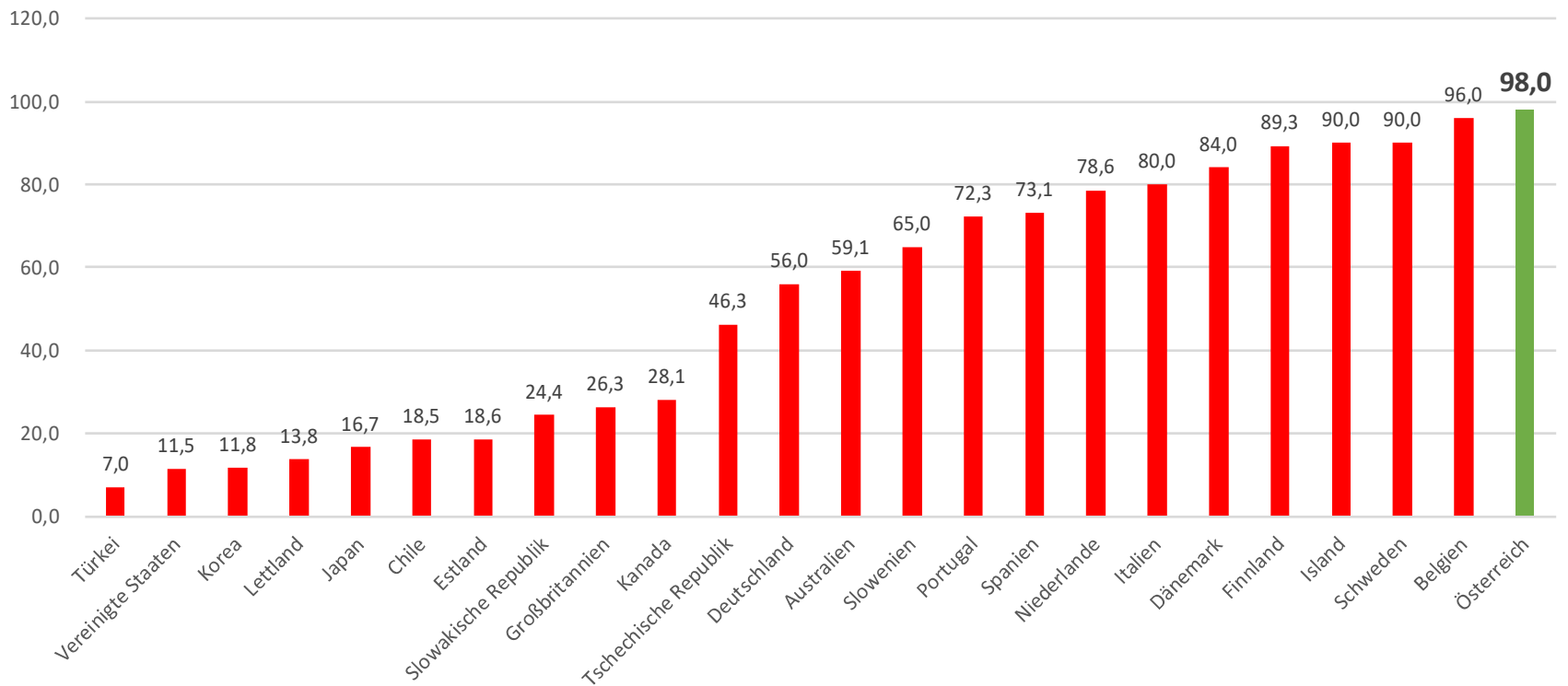
Bedeutung von Kollektivverträgen

- In Österreich ist die Reichweite von verbindlich einzuhaltenden Kollektivverträgen im **internationalen Vergleich am höchsten!**
- Arbeitgeber können den ArbeitnehmerInnen Gehalt und Arbeitszeit **NICHT einseitig diktieren**, sondern müssen auf Augenhöhe verhandeln
- Kollektivverträge stärken die ArbeitnehmerInnen und sind ein Hindernis für Verschlechterungen
- **Ohne gesetzliche Mitgliedschaft** in den (Wirtschafts-)Kammern gäbe es **keine** für alle verbindlichen **Kollektivverträge** mehr.

KV Deckungsrate im Vergleich

Kollektivvertragsdeckungsrate

Quelle OECD Daten 2016 oder 2015



Zurückdrängen von Kollektivverträgen -> schlechtere Arbeitsbedingungen

- In **Deutschland** wurden im letzten Jahrzehnt Kollektivverträge massiv zurückgedrängt.
- Folge: Heuer bekommen **nur noch ca. die Hälfte der ArbeitnehmerInnen ein Weihnachtsgeld (55%)**
- Nur in wenigen Fällen macht das Weihnachtsgeld noch ein ganzes Monatsentgelt aus
- Wenn Kollektivverträge nur für einen Teil der Menschen gelten, dann kommen sie immer mehr unter Druck

Angriff auf die Arbeiterkammer! Warum?

- **2 Millionen Beratungen** bei 3,64 Mio Mitgliedern!
- 2.600 Beschäftigte für Rechtsberatung, Rechtsschutz, Unterstützung bei Insolvenz und Konsumentenberatung und Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen gegenüber Politik
- **532 Mio.** Euro in Streitfällen für Mitglieder **erstritten** -> Das ist **mehr als an AK Umlage bezahlt wurde (432,6 Mio)**
- AK vor Ort: 90 Beratungszentren, damit ArbeitnehmerInnen zu ihrem Recht kommen
- **589 Gesetzesbegutachtungen**
- **Der AK Beitrag** liegt im Schnitt bei **6,91 Euro** netto pro Monat
- Die ArbeitnehmerInnen brauchen eine starke AK! Viele können sich keine Lobbyisten, Rechtsanwälte, Steuerberater leisten!

Die AK als starke Interessenvertretung ist den Industrievertretern, Rechtspopulisten und Neoliberalen ein Dorn im Auge!

Arbeiterkammer

DATEN & ZAHLEN 2016 ZU DEN LEISTUNGEN & ERFOLGEN

www.studystack.at

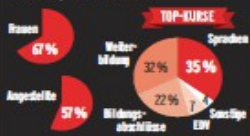
387.000 Beratungen

400 Expertinnen stehen den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. Hier die wichtigsten Themen & Beratungsarten:

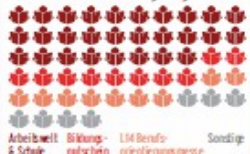


8.400 Bildungsgutscheine

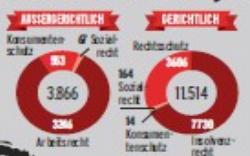
Das entspricht 1,1 Mio €.



54.000 TeilnehmerInnen
nutzten die AK Bildungsangebote

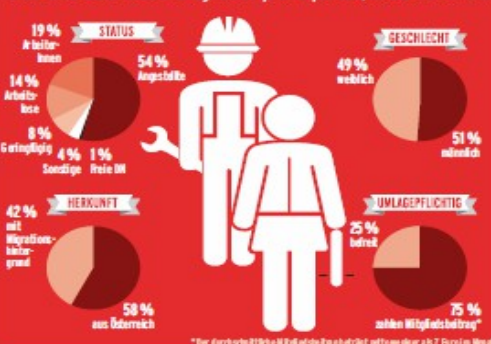


RECHTSSTREITIGKEITEN
15.380 Vertretungen



912.000 Mitglieder

Das sind über 2.000 Mitglieder pro Experten/in der AK Wien!



*Der durchschnittliche Koffein-Konsum beträgt mittlerweile als 7 Beeren pro Monat

88.000.000 € für unsere Mitglieder

... in Geldleistungen nach Pleiten (Insolvenzrecht), bei Problemen am Arbeitsplatz, in Pensionsfragen (Sozialrecht) und für KonsumentInnen.

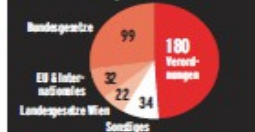
18 Mio.
Rechts-
schutz

59 Mio.
Insolvenzen recht

9 Mio.
Soziales

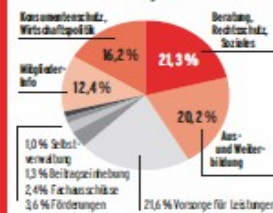
2 Mio.
Steuerrecht

367 Begutachtungen von Verordnungen und Gesetzen §



AK Beiträge  **108,3 Mio. €**

wurden eingesetzt für:

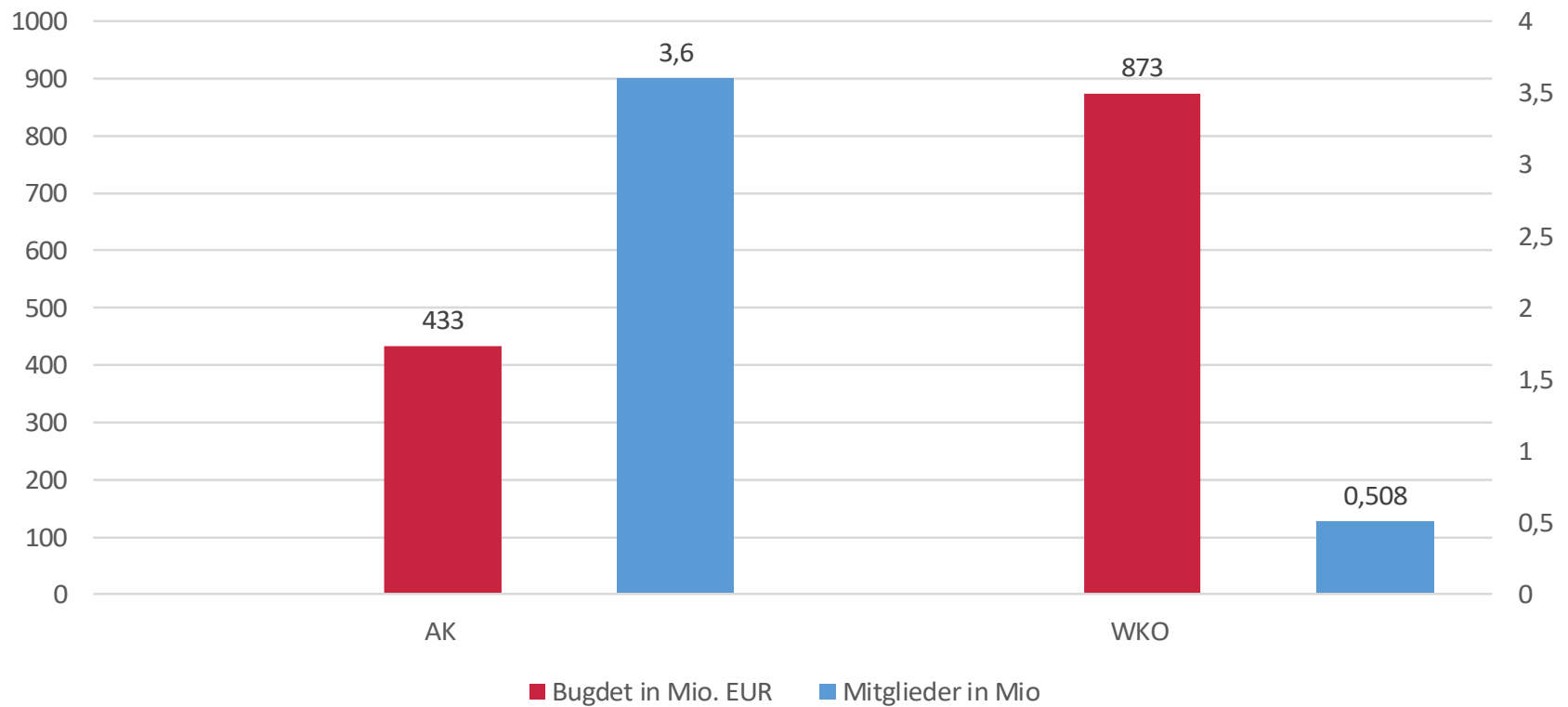


Die AK Bibliothek

500.000 Bände kostenfrei
35.000 E-Books jederzeit & überall
850 aktuelle Zeitungen

Vergleich AK versus WKO

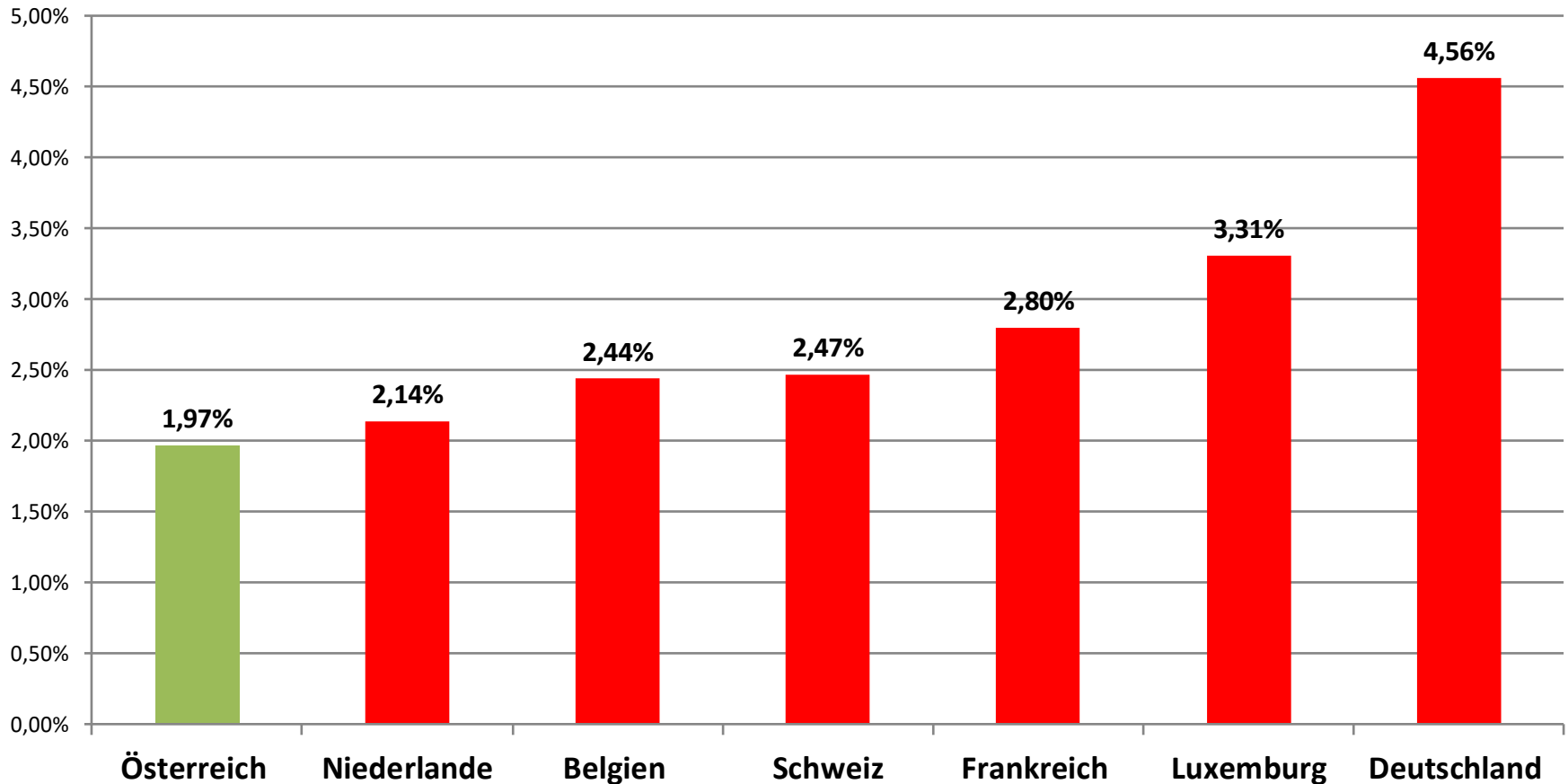
Mitglieder und Budget



Sozialversicherung

- Rückgrat des Sozialstaates
- SV zahlt an über **2 Mio.** Menschen **Pensionen** aus.
- Fast **4 Mio.** Menschen sind **pensionsversichert**.
- Die **Unfallversicherung** schützt über **6 Mio.** Menschen vor Arbeits- und Wegunfällen und Berufskrankheiten
- die **Krankenversicherung** ermöglicht **8,8 Mio.** Personen Zugang zum Gesundheitswesen

Geringe Verwaltungskosten



Verwaltungskosten verpflichtender Versicherungssystemen in % der Gesundheitsausgaben 2014

Aus für die Selbstverwaltung

- Die Sozialversicherung wird von den Versicherten in Selbstverwaltung geführt
- In den **Krankenkassen** und der **Pensionsversicherung** haben die VertreterInnen der **ArbeitnehmerInnen** die **Mehrheit**
- Die Regierung will nun umfärben!
- Über die Interessen von ArbeitnehmerInnen entscheiden dann **Wirtschaftsvertreter**
- Die Sozialversicherung **prüft und ahndet Unterentlohnung**, Scheinselbstständigkeit
- Das ist den Wirtschaftsvertretern anscheinend ein Dorn im Auge
- Daher soll die **Beitragsprüfung der Sozialversicherung** entrissen und dem **Finanzminister unterstellt** werden

Beitragsprüfung weg von Krankenkassen hin zu Finanzämtern hätte dramatische Folgen für AN!

Krankenkassen prüfen:

- wurde Gehalt/Lohn bezahlt, auf den AN **Anspruch** haben! (Anspruchsprinzip)
- ob **Kollektivvertrag** stimmt, Dienstverhältnis oder Scheinselbstständigkeit!
- Jahrzehntelange Prüferfahrung,
Einbringungsquote 99,7%

Finanz prüft anders:

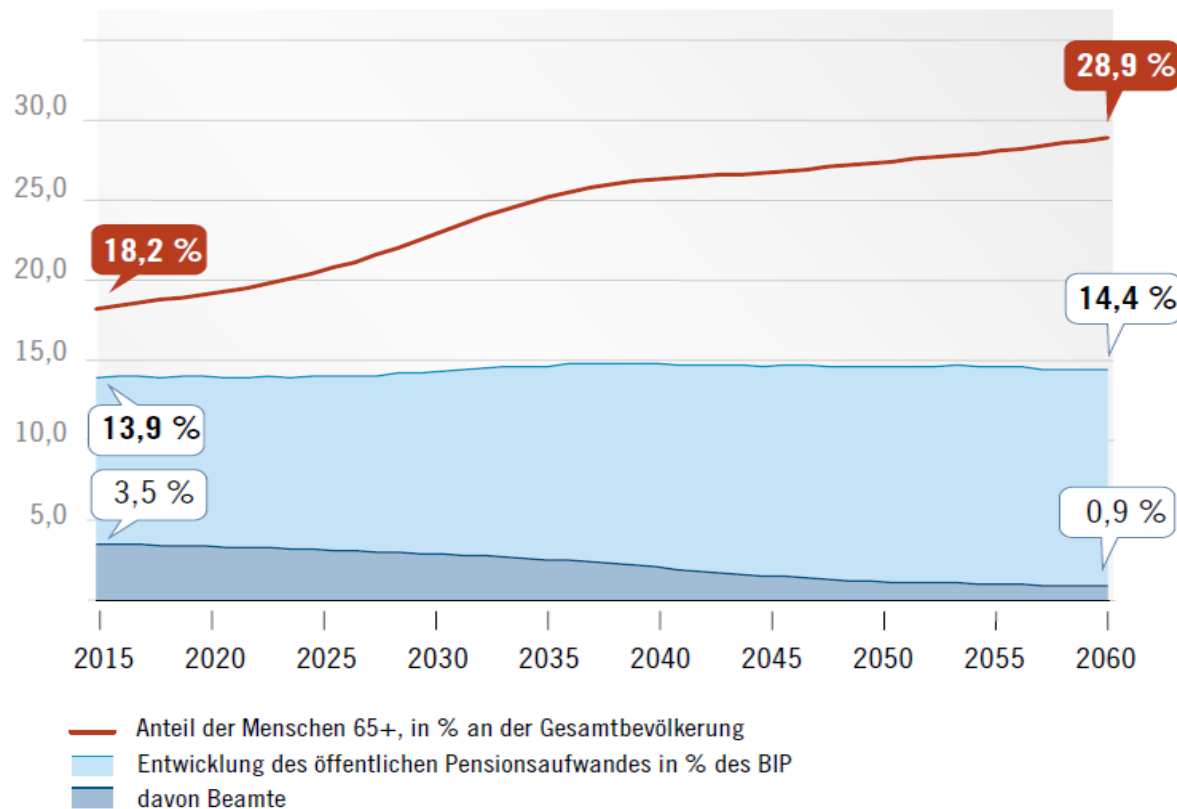
- Betrag, der an AN **ausbezahlt** wurde (Zuflussprinzip)
- ob Abgaben **rechnerisch** richtig abgeführt werden
- Wahrscheinlichkeit einer Finanzprüfung aktuell: 1 x in 47 Jahren!

=> Bei Prüfung durch Finanz gehen Beiträge verloren, Lohn- und Sozialbetrug wird Tür und Tor geöffnet!

Pensionsausgaben stabil!

- **Die Pensionsausgaben sind stabil – trotz steigender Lebenserwartung**
- **Anteil 65+ jährigen steigt von 18% auf 28,9%**
- **Anteil der Pensionsausgaben am BIP nur 14% auf max. 14,7%**
- **Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen steigt**
 - Faktisches Pensionsalter steigt
 - Pensionsharmonisierung (Auslaufen Beamtenpensionen)
 - Angleichung Frauenpensionsalter
 - in die Berechnung der Pensionen gehen alle Erwerbsjahre ein (Lebensdurchrechnung)
- **Weitere Pensionsreformen nicht für Finanzierbarkeit nötig**

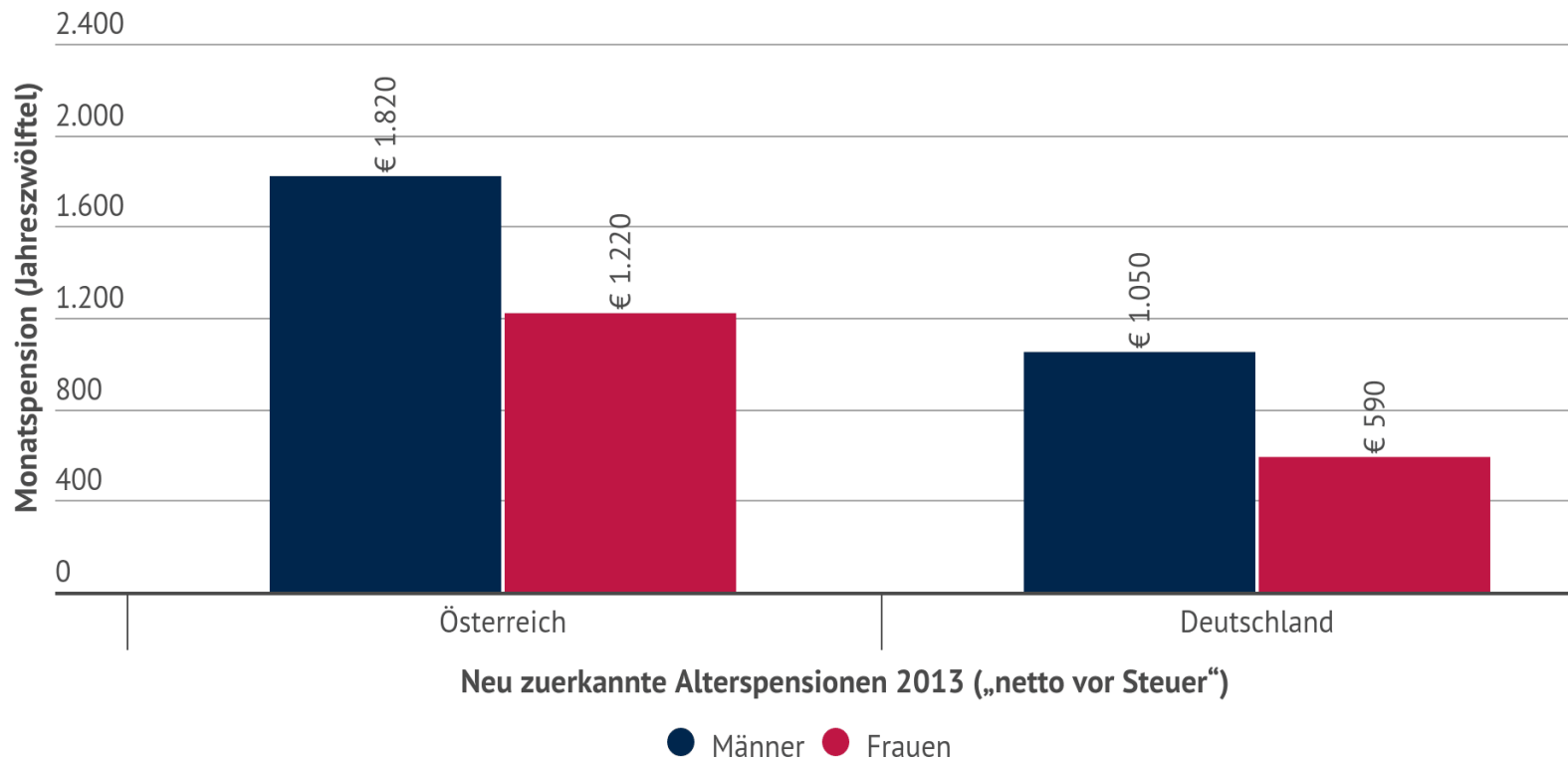
Anteil Älterer steigt - Pensionsaufwand bleibt stabil



Die Anzahl der Älteren wächst zwar, aber es wird nur ein **moderater Anstieg der Pensionsausgaben** prognostiziert.

Quelle: EU Aging Report 2015

Pensionshöhe: Vergleich Österreich-Deutschland AKTUELLER STAND



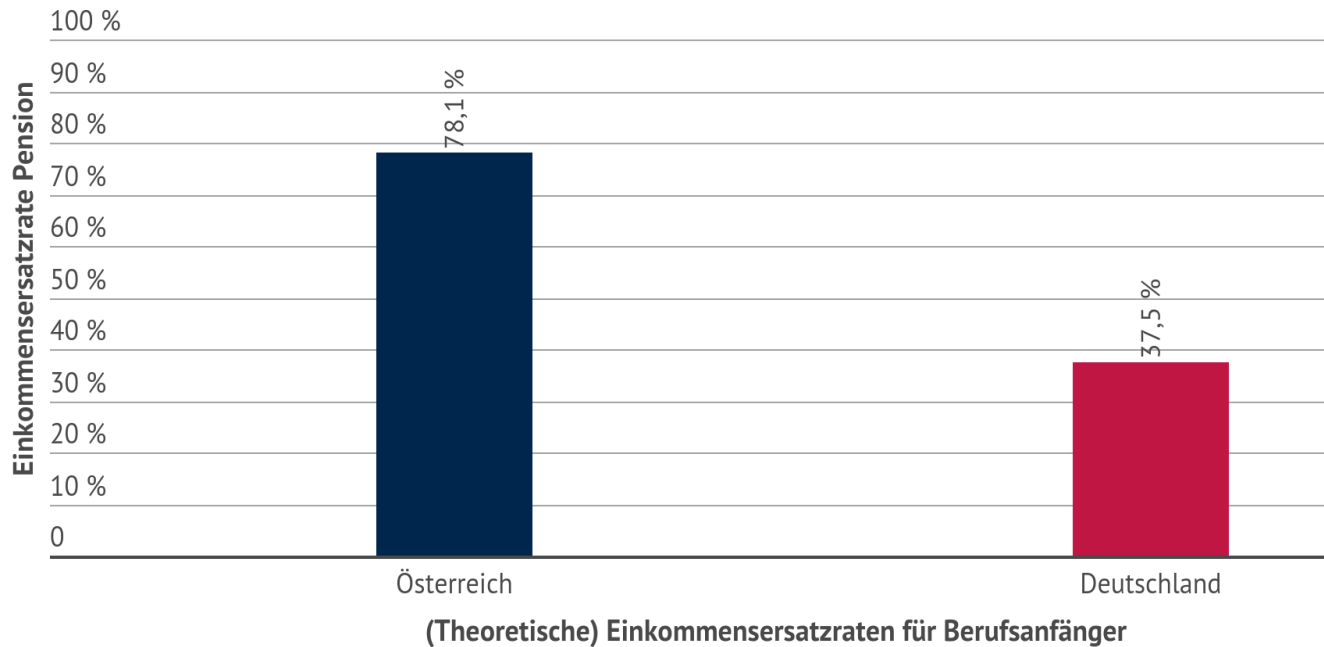
Quelle: Blank et al: Österreichs Alterssicherung: Vorbild für Deutschland?, Wirtschaftsdienst 4/2016; eigene Grafik

Pensionshöhe: Vergleich Österreich-Deutschland

- Die (theoretischen) Einkommensersatzraten / OECD-Berechnung zeigen:
- Auch für die heute Jüngeren ist das österreichische Pensionsrecht viel besser als das deutsche
Bei Erwerbseintritt mit **20** und konstantem Durchschnittsverdienst bis zum Alter **65** bekommt man
- in **Österreich** eine Pension von **78% des Letztgehalts**,
- in **Deutschland** von nur **37,5%!**
- **Während die Altersarmut in Österreich gesunken ist, ist sie in Deutschland gestiegen**

Pensionshöhe: Vergleich Österreich-Deutschland

PERSPEKTIVE



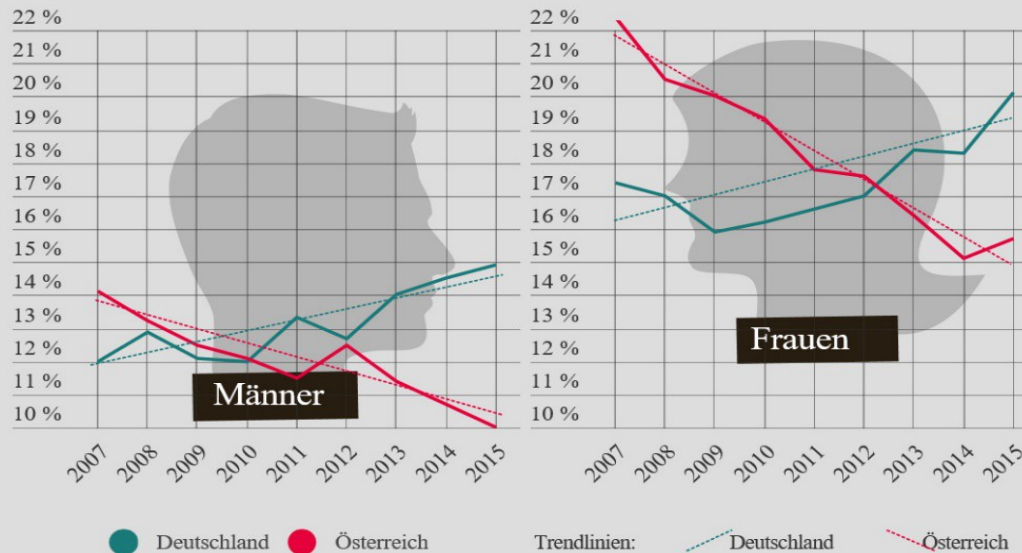
Quelle: OECD: Pensions at a Glance 2015; eigene Grafik

Pensionen

Armutsgefährdungsquoten

im Alter von 65+

in Deutschland und Österreich



Quelle: Eurostat 2017, EU-SILC

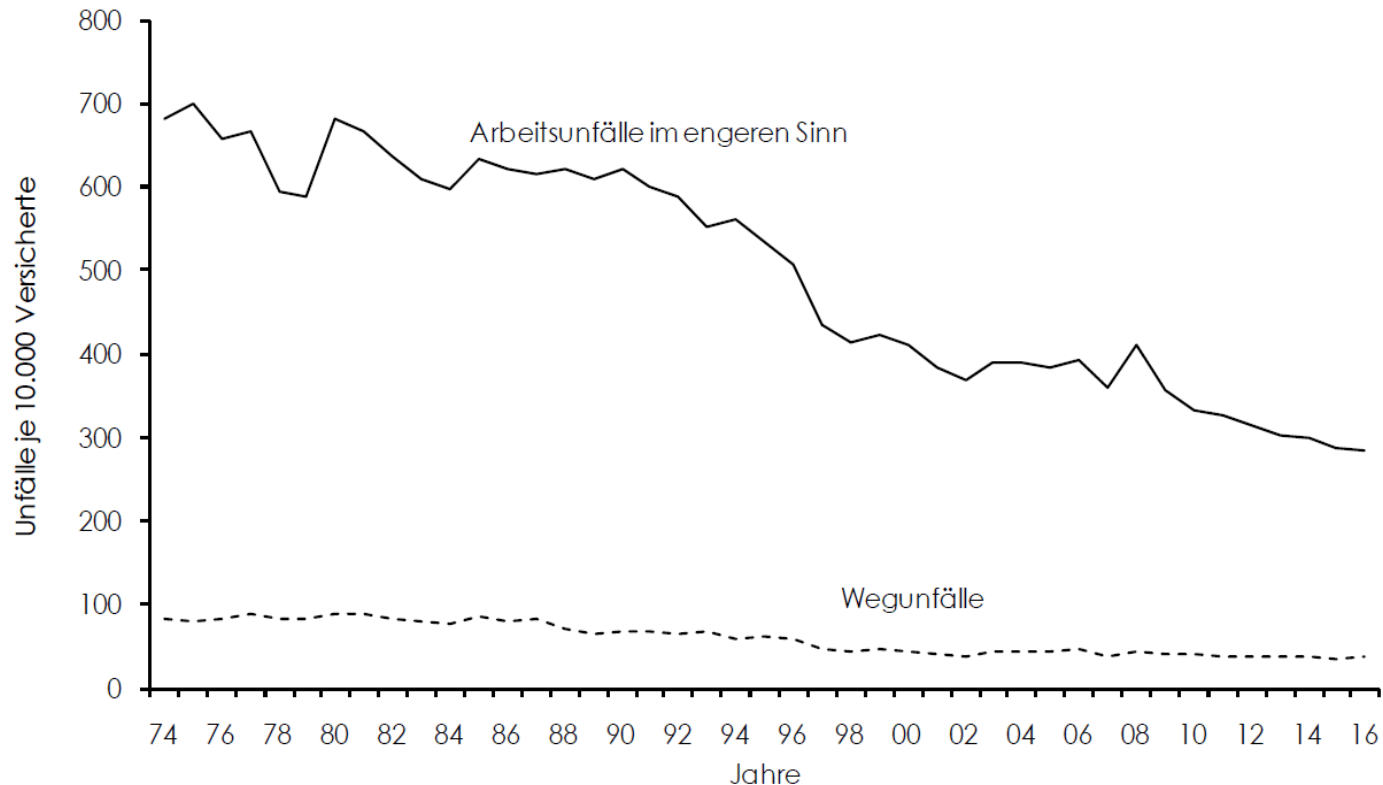
A&W
blog

Zerstörung der Unfallversicherung

- Die Unfallversicherung schützt bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.
 - durch **Prävention**, damit diese verhindert werden.
 - durch **Unfallheilbehandlung** in Unfallkrankenhäusern
 - durch **Rehabilitation** nach Unfällen
 - Durch **Rentenleistungen** als Entschädigungen nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten bei Minderung der Erwerbsfähigkeit
- Neue Regierung will den Arbeitgeberbeitrag von **1,3%** vom Lohn auf **0,8%** senken
- Damit **verliert** die Unfallversicherung fast **40%** ihrer Mittel
- Bei einem **Verlust** von mehr als **500 Mio EUR** können die heutigen Leistungen unmöglich erfüllt werden.
- Die Erfolgsgeschichte rückläufiger Arbeitsunfälle wird riskiert

Rückgang Arbeitsunfälle

Abbildung 1.26: Unfallquoten der unselbständig Beschäftigten



Q: Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, WIFO-Berechnungen.

Der 12-Stunden-Tag Die 60-Stunden-Woche

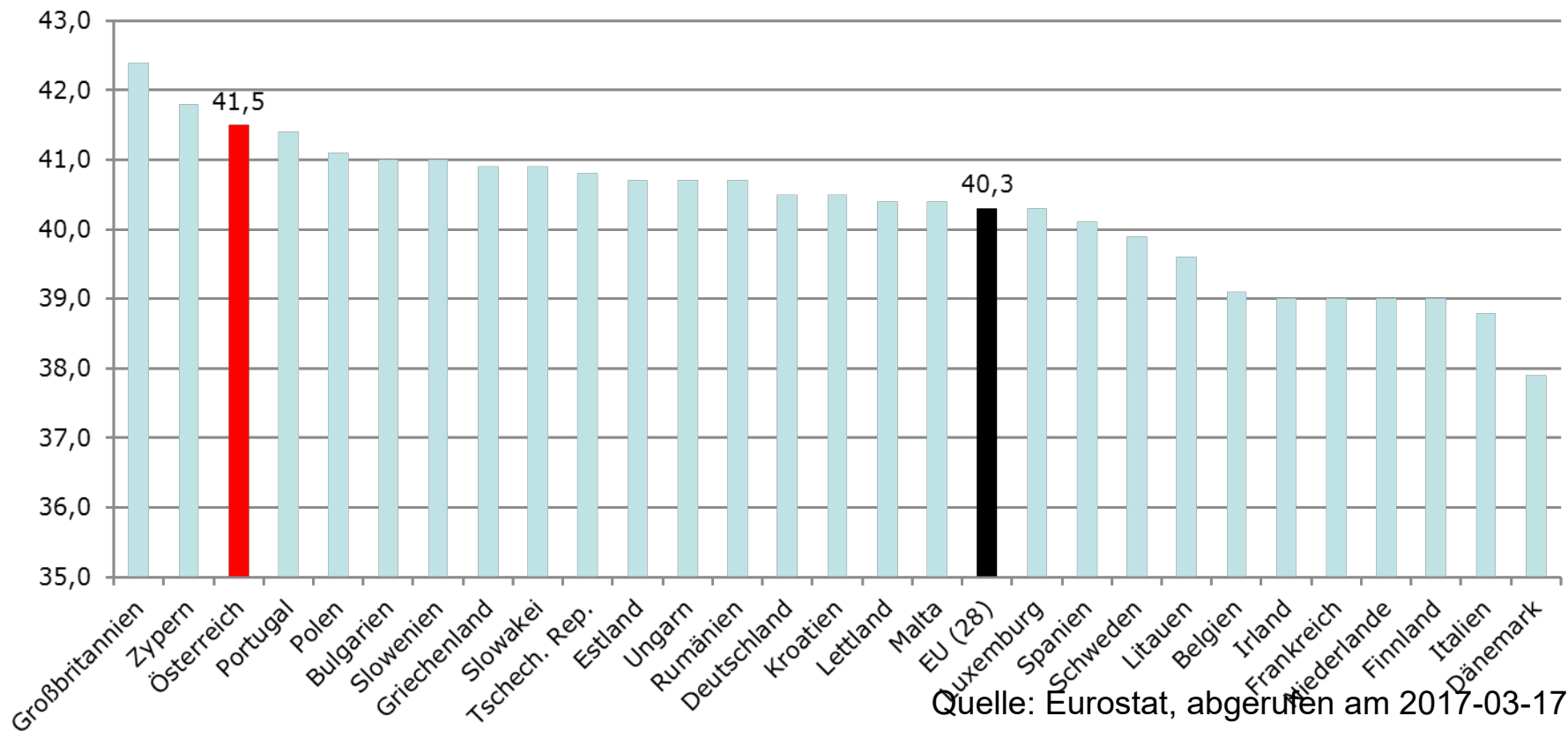


- Die neue Regierung plant eine **massive Anhebung der Höchstarbeitszeiten** auf
12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche
 - Das geht **derzeit nur in Ausnahmefällen**, künftig wäre das ohne Grund generell möglich
- **Die ArbeitnehmerInnen haben davon nichts**
 - Die Wirtschaft erhält die Möglichkeit längerer Arbeitszeiten und kann Überstunden anordnen
 - Die ArbeitnehmerInnen haben keine zusätzlichen Rechte, wie Anspruch auf freie Tage
- **Das ist einseitig und unnötig!**
- Die Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Österreich schon jetzt länger als in fast allen anderen EU-Länder

Wochenarbeitszeit im EU-Vergleich



Vollzeitarbeitende unselbstständig Beschäftigte 2015

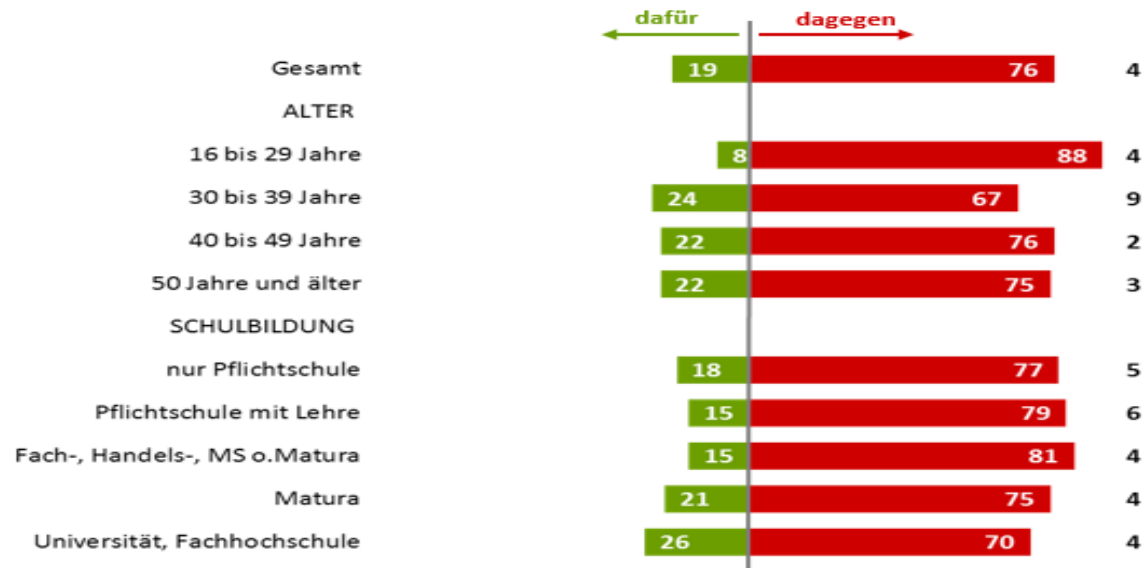


Quelle: Eurostat, abgerufen am 2017-03-17

Ablehnung der AN gegenüber 12-Studentag (Ifes-Befragung, 2017)

14 Ersatzlose Ausdehnung der gesetzlichen Arbeitszeit

F9: Sind Sie für oder gegen die Ausdehnung der gesetzlichen täglichen Höchstarbeitszeit von 10 auf 12 Stunden ohne Gegenleistung für die Arbeitnehmer? [in Prozent]



Basis: Gesamt, n=801

IFES

GP djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

Für alle,
die **mehr wollen!**